

presse

Verpflichtung zur Barrierefreiheit ist richtig und überfälliger Schritt

Zum Vorhaben der Europäischen Union, die Barrierefreiheit von vermietetem Wohnraum zur Pflicht zu machen: "Förderprogramme müssen her!" erklären die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und die Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Silvia Schmidt:

Die Verpflichtung zur Barrierefreiheit im Wohnungsbestand ist ein längst überfälliger Schritt, denn gerade in Deutschland fehlen angesichts der stetig alternden Gesellschaft mittelfristig rund 12-13 Millionen barrierefreie Wohnungen. Man kann die Europäische Union und die schwedische Ratspräsidentschaft für diesen mutigen und zukunftsweisenden Schritt nur beglückwünschen. Hier muss endlich etwas passieren, erklären Anette Kramme und Silvia Schmidt.

Die Verpflichtung zur Barrierefreiheit im Wohnungsbestand ist ein längst überfälliger Schritt, denn gerade in Deutschland fehlen angesichts der stetig alternden Gesellschaft mittelfristig rund 12-13 Millionen barrierefreie Wohnungen. Man kann die Europäische Union und die schwedische Ratspräsidentschaft für diesen mutigen und zukunftsweisenden Schritt nur beglückwünschen. Hier muss endlich etwas passieren.

In einem sind sich alle seit Jahren einig: In der alternden Gesellschaft muss ein Umdenken stattfinden - offenbar haben CSU und FDP die Chancen dieser Entwicklung aber noch nicht begriffen. Sie vergessen den Mittelstand und wollen nur vermeintliche Belastungen für die Wirtschaft abwenden - auf Kosten der

Zukunftsfähigkeit der privaten und kommunalen Wohnungswirtschaft und der Menschenrechte von mehr als acht Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland.

Dem letzten Bauminister Wolfgang Tiefensee ist es gemeinsam mit Silvia Schmidt, der Behindertenbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, im Jahr 2008 gelungen, 80 Millionen Euro Haushaltsmittel für ein Zinsvergünstigungsprogramm der KfW in den Bundeshaushalt einzustellen. Es muss aber noch weit mehr getan werden. Eine gesamtgesellschaftliche Initiative für mehr Barrierefreiheit im Wohnungsbestand darf nicht als einseitige "Belastung" für die Eigentümer, sondern muss als Chance für die Wohnungs- und Bauwirtschaft verstanden werden. Von Förderprogrammen profitieren die Mieterinnen und Mieter genauso wie die Vermieter und die Kommunen.

Letztere eröffnen sich damit die Chance, weiterhin mit längerer Verbleibedauer von Mietern und einer stabilen Mieterstruktur rechnen zu können. Auch die Bauwirtschaft würde von solchen Programmen profitieren und viele Unternehmen haben das längst verstanden.

Wenn wir wirklich wollen, dass ältere Menschen bei Pflegebedürftigkeit oder Krankheit so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können und wenn wir wollen, dass Menschen mit Behinderung nicht länger in Heimen untergebracht werden, sondern mitten in der Gesellschaft leben können, finden wir auch einen Weg. Die Kommunen klagen seit Jahren über die Lasten der Eingliederungshilfe, die durch die ausgebaute intensive Heimunterbringung stetig steigen. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, dass jeder die Möglichkeit haben muss, von Anfang an in einem barrierefreien selbst gewählten Umfeld leben zu können. Das ist nicht nur verbindliches Menschenrecht, es hilft unserer Wirtschaft und unseren Kommunen. Sie wollen auch im Jahr 2050 noch halbwegs lebendige Ortskerne. Die umfassende Förderung von Barrierefreiheit wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.